

ANFRAGE von Mario Senn (FDP, Adliswil), Martin Huber (FDP, Neftenbach), Doris Meier (FDP, Bassersdorf)

Betreffend Warme Progression

Gemäss § 48 Abs. 2 Steuergesetz passt die Finanzdirektion die Abzüge und die Tarifstufen alle zwei Jahre an den Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) an. Damit wird sichergestellt, dass der inflationsbedingte Anstieg der Nominallöhne nicht zu einer höheren Steuerbelastung führt.

Nicht ausgeglichen wird jedoch der Anstieg der Nominallöhne, der aus einer Erhöhung der Kaufkraft durch Produktivitäts- bzw. Reallohnwachstum erfolgt. Gemäss avenir suisse führte diese «warme Progression» allein für die Bundessteuer in den letzten zehn Jahren schweizweit zu einer Mehrbelastung der Haushalte von 800 Millionen Franken. Dieser Effekt hat zudem eine ausgesprochen degressive Wirkung, belastet also tiefere Einkommen und den Mittelstand stärker als höhere Einkommen.

Diese schlecht legitimierte Steuererhöhung könnte verhindert werden, wenn die Abzüge und die Tarifstufen nicht an den LIK angepasst würden, sondern an den Nominallohnindex. Skandinavische Länder handhaben dies bereits heute so.

Wir bitten den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Inwiefern ist dem Regierungsrat das beschriebene Phänomen der «warmen Progression» bekannt?
2. Wie stellt er sich dazu, dass die «warme Progression» schlecht legitimiert ist und im Besonderen den Mittelstand und tiefe Einkommen belastet?
3. Vor dem für 2024 in Aussicht genommenen Ausgleich der kalten Progression wurden Abzüge und Tarifstufen letztmals auf den 1. Januar 2012 angepasst. Wie würden sich Abzüge und Tarifstufen per 1. Januar 2024 im Vergleich darstellen, wenn die Anpassung statt gemäss LIK gemäss Nominallohnindex erfolgen würde?
4. Wie viel tiefer wären die daraus folgenden Steuereinnahmen bzw. wie viel höher war die Belastung der Zürcher Steuerzahlerinnen und -zahler aufgrund des Nichtausgleichs der «warmen Progression»?
5. Inwiefern kann sich der Regierungsrat vorstellen, die «warme Progression» künftig auszugleichen? Sieht er dies als Beitrag zum langfristigen Ziel 9.3 der Legislaturziele 2023-2027?
6. Welche Gesetze müssten geändert werden, um künftig auch die «warme Progression» regelmässig auszugleichen?

Mario Senn
Martin Huber
Doris Meier